



Polen - Pressespiegel 44/2025 vom 30.10.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Die Freiheit, für die wir vor fünf Jahren auf die Straßen gegangen sind, ist nicht gekommen
- Sikorski: Wir müssen Putin überzeugen, dass die Ukraine nicht aufgegeben wird
- Die PSL hat ihren Willen bekommen. Das Gesetz über eingetragene Partnerschaften handelt nicht von eingetragenen Partnerschaften
- Nicht nur die Tochter von Tusk. Pegasus hat auch Sikorski und die Frau des derzeitigen Premierministers aufgenommen
- Der Antisemitismus schwappt über das Land
- Die Bedrohung durch russische Sabotageakte ist wieder sehr hoch. Der Kreml zog die Notbremse, aber das gehört der Vergangenheit an

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Die Freiheit, für die wir vor fünf Jahren auf die Straßen gegangen sind, ist nicht gekommen



Quelle: [Facebook / Ogólnopolski Strajk Kobiet.pl](#)

Von Katarzyna Skrzydłowska-Kalukin

Der fünfte Jahrestag des Ausbruchs massiven Widerstands gegen den Versuch, die Freiheit der Frauen durch ideologisch motivierte rechtliche Gewalt zu ersticken, ist traurig. Das damals eingeführte barbarische Gesetz gilt weiterhin. Und die neue Regierung, die auch Rechtsstaatlichkeit, Schulen, in denen sich Kinder sicher und wohl fühlen würden, sowie einen Hauch von Ehegleichheit versprach, hat die Erwartungen nicht erfüllt.

Es sind nun genau fünf Jahre vergangen, seit nach dem Urteil des Verfassungsgerichts zur Abtreibung in ganz Polen mächtige, wochenlange Straßenproteste begannen. Ihr einfaches Motto: „Verpisst euch“, von der Masse skandiert, schien eine Energie zu tragen, die in der Lage war, nicht nur die Freiheit in Fragen der Schwangerschaft, sondern die Freiheit überhaupt wiederherzustellen. Die PiS schien damals die größte Bedrohung dafür zu sein. Und die Beseitigung der PiS von der Macht erschien als Mittel, einen Staat zu schaffen, der liberal-demokratische Werte wie Gleichheit, Freiheit und die daraus resultierenden Menschenrechte achtet.

Ein Polen, das es nie gab

Es war also Hoffnung nicht so sehr auf eine Rückkehr zu dem Staat, den die PiS verändert hatte, sondern auf seine Erschaffung. Der riesige Bürgerwiderstand gegen die Regierung der PiS, der sich nicht nur nach der Verkündung des Urteils des Verfassungsgerichts, sondern bereits zuvor auf den Straßen zeigte, wurde von der damaligen Opposition unterstützt. Das gab Hoffnung, dass Veränderung möglich ist. Eine Veränderung also, die aus Polen ein Land machen sollte, das es so noch nie gegeben hatte.

Es schien, als hätten die Regierungen der PiS, anachronistisch, autoritär und antieuropäisch, den Hebel so weit in Richtung Freiheitsbeschränkung und Abkehr von europäischen Werten verschoben, dass er sich nach dem Sieg der Bürgerkoalition mit Unterstützung der Linken in die entgegengesetzte Richtung bewegen würde. Und dass wir endlich wie der Westen sein würden.

Welcher Westen?

Doch in den Jahren, in denen weiterhin die PiS regierte und später die demokratische Koalition die Macht übernahm, hat sich der Westen verändert.

Amerika entwickelt sich zu einem Staat, der in Richtung Autokratie abrutscht, ähnlich wie damals Polen, und steht, was auch immer man sagen mag, ganz sicher nicht mehr für den Schutz der Menschenrechte. Dort schickt die Regierung das Militär gegen Menschen, die gegen die Jagd auf Migranten protestieren. In den Medien und an den Universitäten wird die Meinungsfreiheit unterdrückt. LGBT-Personen sind in der öffentlichen Debatte zum Symbol des Verfalls traditioneller Werte geworden. Und Abtreibung ist in einigen Bundesstaaten schlichtweg fast unmöglich.

In Westeuropa ist es nicht so weit gekommen. Aber auch dort gewinnen rechte Populisten mit antimigrantischen Parolen immer mehr Zuspruch. Die europäischen Werte, die Polinnen und Polen sich vor fünf Jahren mit Straßenprotesten erkämpfen wollten, stecken in der Krise. Zudem wird die europäische Kraft heute stärker von Russland, dem Krieg, Bündnissen und Aufrüstung absorbiert als von den Rechten von Frauen oder LGBT-Personen.

Ein trauriger Jahrestag

In diesem Zusammenhang ist der fünfte Jahrestag des Ausbruchs des massenhaften Widerstands gegen den Versuch, die Freiheit der Frauen durch ideologisch motivierte rechtliche Gewalt zu ersticken, ein trauriger.

Das damals durch das Urteil des Verfassungsgerichts eingeführte barbarische Gesetz gilt weiterhin. Und die regierende Koalition, die den schwangeren Frauen Freiheit bringen, Rechtsstaatlichkeit wiederherstellen, Schulen schaffen sollte, in denen Kinder sich sicher und wohl fühlen, einen Hauch von Ehegleichheit ermöglichen und auf die Gesellschaft hören wollte, hat die Erwartungen nicht erfüllt. Es reichte nicht, dass die Wähler dafür sorgten, dass die PiS „schnell verschwand“, wie es die höflichere Version der lautesten Parole der großen Demonstrationen ausdrückte. Die PiS ist nicht weit genug verschwunden, um sie vergessen zu können.

Und das Wort ‚Freiheit‘ wurde von einer anderen, radikaleren Rechten übernommen, die seit jenen Demonstrationen deutlich stärker geworden ist. Die Konföderation versteht dieses Wort als Abwesenheit sozialer Solidarität, nicht als persönliche Freiheit von Frauen oder LGBT-Personen, deren Leben von ihrer Weltanschauung abweicht. Und die Vision der Konföderation ist inzwischen Teil des Mainstreams geworden, weil andere Parteien sich von den Radikalen bedroht fühlen und selbst eine rechts-populistische Agenda verfolgen.

Donald Tusk spricht nicht mehr vom Recht auf Abtreibung als einer Notwendigkeit. Doch auch die Polinnen und Polen kümmern sich nicht mehr besonders darum, verschiedene Umfragen zeigen, dass Abtreibung kein so wichtiges Thema mehr ist wie vor den letzten Parlamentswahlen. Vielleicht, weil das Verbot ohnehin eine Fiktion ist. Polinnen lassen Abtreibungen durchführen, nur nicht in Krankenhäusern. Und im Internet können sie sich bei offen agierenden Organisationen informieren, wie sie das sicher tun können.

Um die gesellschaftliche Aufmerksamkeit konkurrieren heute der Krieg, die Folgen russischer Desinformation, Migration und der Green Deal. Die Freiheit, für die wir vor fünf Jahren an kalten

Herbsttagen auf die Straßen gegangen sind, ist mit dem Wechsel der Parlamentsmehrheit nicht gekommen. Mehr noch: Es scheint, als störe ihr Fehlen heute weit weniger als damals.

Zsfg.: AV

<https://kulturaliberalna.pl/2025/10/23/skrzydłowska-kalukin-wolność-po-ktora-wyszliśmy-piec-lat-temu-na-ulice-nie-przyszła/>



www.mleczko.pl

Scheiße, wieder haben sie die Kulturfördermittel gekürzt!

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Sikorski: Wir müssen Putin überzeugen, dass die Ukraine nicht aufgegeben wird



Quelle: REUTERS/Toby Melville

Von **Radosław Sikorski**

Wir präsentieren den vollständigen Text der Rede von Außenminister Radosław Sikorski vor dem britischen Parlament am 14. Oktober.

Sehr geehrte Damen und Herren

Dass diese Waffe - die Drohne Shahed 136 - ausgerechnet im britischen Unterhaus, das während des Zweiten Weltkriegs von deutschen V1-Raketen bombardiert und zerstört wurde, zum Einsatz kommt, erscheint besonders passend. Auf dem Höhepunkt der Bombardierung verloren täglich fast tausend Briten ihr Leben. Großbritannien hat nicht aufgegeben, und seine Entschlossenheit, bis zum Ende des Krieges zu kämpfen, wurde nur noch größer.

Ich bin zuversichtlich, dass die Ukrainer auch im Krieg durchhalten und sich von diesen Waffen nicht einschüchtern lassen werden. Dies ist die zweite Drohne, die in Zusammenarbeit mit Polen aus der Ukraine in den Westen transportiert wurde. Die erste, die von der ukrainischen Regierung dank unserer gemeinsamen Bemühungen gespendet wurde, gelangte in die Vereinigten Staaten und wurde im Kapitol ausgestellt. Diese besondere Drohne ist ein Geschenk des Führers der ukrainischen Opposition, des ehemaligen Präsidenten Petro Poroschenko. Diese Drohnen sind greifbare Symbole für den Tod und das Bündnis der Länder der undemokratischen Achse des Chaos. Ich freue mich, dass die ukrainische

Regierung und die Opposition zusammenarbeiten, um eine existenzielle Bedrohung für ihr Land abzuwehren.

Erste Verletzung des NATO-Luftraums

Wir treffen uns zu einem günstigen Zeitpunkt, denn erst vor einem Monat hat eine große Zahl russischer Drohnen erstmals den Luftraum der NATO und der Europäischen Union verletzt. Einundzwanzig Drohnen überschritten die polnische Grenze und wurden größtenteils von der polnischen Luftwaffe in Zusammenarbeit mit den Streitkräften der Niederlande und anderer Länder abgeschossen. Das Gefecht dauerte sieben Stunden.

Diese Ereignisse zwingen uns dazu, uns zu fragen, wie gut wir vorbereitet sind und welche Präventivmaßnahmen wir ergriffen haben. Ich freue mich, heute sagen zu können, dass unsere Luftraumerkennungs- und -überwachungssysteme ihre Aufgabe erfüllt haben, dass unsere Kommandostrukturen funktioniert haben, dass unsere Gesellschaft sich als widerstandsfähig erwiesen hat und dass unsere Allianzen sich als solide erwiesen haben, wie die Tatsache zeigt, dass mehrere Verbündete, darunter das Vereinigte Königreich, uns zusätzliche Patriot-Systeme, Nason-, Typhon-, Rafale- und F-35-Flugzeuge zur Verfügung gestellt haben, um der Bedrohung zu begegnen, sollte sie sich wiederholen.

Erinnern wir uns daran, dass es in Polen 21 Drohnen waren. Aber die Ukraine sieht sich jede Nacht 600, 700, 800 solcher Angriffe ausgesetzt. Der Kreml setzt Drohnen ein, um die Ukrainer zu terrorisieren, und benutzt Lockvögel-Drohnen, um in den polnischen Luftraum einzudringen. Es stimmt zwar, dass eine Drohne London nicht erreichen kann, aber eine „Schrottflotte“ kann die kritische Unterwasser-Infrastruktur der Inseln zerstören. Ich nenne diese alten Kähne absichtlich so -- ich schlage vor, dass wir nicht von der „Schattenflotte“ in der Ostsee sprechen, sondern von der Schrottflotte, die Putins Kriegsmaschinerie füttert. Es sind alte Maschinen, die keinerlei technischen Anforderungen genügen.

Hybride Kriegsführung auch in Großbritannien

Heute ist es besonders wichtig, diese Botschaft auch in der ausländischen Öffentlichkeit zu vermitteln. Auch im Vereinigten Königreich, denn auch dieses Land ist ja ein Opfer des hybriden Krieges, den Wladimir Putin gegen die NATO führt.

Die hybride Kriegsführung ist nicht auf Online-Aktivitäten beschränkt. Hybride Kriegsführung ist jede feindliche Handlung unterhalb der Schwelle zur Invasion. Im Vereinigten Königreich haben wir die Ermordung von Alexander Litwinenko, die versuchte Ermordung von Sergej Skripal und seiner Tochter erlebt. Es hat bereits Brandanschläge gegeben. Wir haben abscheuliche Anschläge auf Politiker erlebt. Russische Spionageschiffe haben unsere kritische Infrastruktur kartiert, und die bereits erwähnte Schrottflotte setzt ihre Aktivitäten fort.

In Polen kommen noch die illegale Einschleusung von Migranten über Weißrussland an die polnische Grenze sowie Brandstiftung und Anschläge auf unsere Finanzinstitute oder Krankenhäuser hinzu. Wir wissen nicht, was sich Wladimir Putin noch alles einfallen lassen wird, um uns auf die Probe zu stellen, aber wir müssen uns ihm gemeinsam stellen.

Die Frage ist: Was sollte getan werden, um diesen Krieg zu beenden? Hoffen wir, dass er auf dieselbe Weise beendet werden kann, wie die Tragödie in Gaza, nämlich durch diplomatisches Handeln.

Zwei Bedingungen für die Eindämmung von Putins Ambitionen

Ich glaube jedoch, dass Wladimir Putin seine Ambitionen nur dann zügeln wird, wenn mehrere Bedingungen erfüllt sind:

Erstens muss er zugeben, dass die groß angelegte Invasion vom Februar 2022 ein Fehler war. Zu diesem Schluss ist er noch nicht gekommen.

Zweitens und das ist das Wichtigste, müssen wir ihn davon überzeugen, dass er nicht gewinnen kann.

Wenn er glaubt, dass wir aufhören werden, die Ukraine zu unterstützen, wird er warten, bis wir kapitulieren. Die Ukrainer stellen sich auf drei weitere Jahre Krieg ein, was ein vernünftiger Ansatz ist. Wir müssen Putin davon überzeugen, dass wir bereit sind, mindestens diese drei Jahre durchzuhalten, dass die Ukraine nicht aufgegeben wird, dass sie die Mittel haben wird, ihren Staat, ihre Armee und ihre Verteidigung aufrechtzuerhalten.

Dann wird Russland gezwungen sein, seinen Kurs zu ändern. Es stimmt nicht, dass Russland immer gewinnt, und die Briten wissen das besser als jeder andere.

Russland reformiert sich nach verlorenen Kriegen

Zur Erinnerung:

Russland hat den Krimkrieg nicht gewonnen. Russland hat den Russisch-Japanischen Krieg im Jahr 1905 nicht gewonnen. Russland wurde aus dem Ersten Weltkrieg ausgeschlossen. Russland scheiterte 1920 beim Einmarsch in Polen. Russland hat den Krieg um Afghanistan in den 1980er Jahren nicht gewonnen und den Kalten Krieg nicht gewonnen.

In der Tat folgten auf all diese Kriege Reformen in Russland. In Wahrheit reformiert sich Russland nur, nachdem es Kriege verloren hat. Deshalb muss es auch diesen Krieg verlieren. Um der Ukraine willen, um des Friedens in Europa willen und um seiner selbst willen.

Wir sollten daher unsere Bemühungen fortsetzen, ihr dabei zu helfen.

Ich danke Ihnen vielmals.

Titel und Untertitel von den Herausgebern

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7.75968.32338356.sikorski-musimy-przekonac-putina-ze-ukraina-nie-zostanie-porzucona.html#s=S.index-K.C-B.1-L.4.duzy>

Die PSL hat ihren Willen bekommen. Das Gesetz über eingetragene Partnerschaften handelt nicht von eingetragenen Partnerschaften



Quelle: [Slawomir Kaminski / Agencja Wyborcza.pl](#)

Von **Konrad Bagiński**

„Es spielt keine Rolle, wie das Gesetz heißt, wichtig ist, was es regelt“, sagte Ministerin Katarzyna Kotula im Sejm und stellte die Vorteile des Entwurfs des sogenannten Gesetzes über eingetragene Partnerschaften vor. Es scheint, dass von den ursprünglichen Plänen nicht viel übriggeblieben ist. Einer der Gründe dafür war die Sorge um die Unterschrift von Nawrocki, der kein Befürworter solcher Regelungen ist.

Die Grundzüge des neuen Gesetzes stellten im Sejm die Ministerin (ohne Geschäftsbereich) Katarzyna Kotula und Urszula Pasławska von der PSL vor. Sie sind die Autorinnen des Gesetzesentwurfs, der sich mit eingetragenen Partnerschaften befassen sollte. Über dieses Thema wird seit Jahren diskutiert.

Etwas, das Nawrocki vielleicht unterschreibt

„Es ist gelungen, alles unterzubringen, was in dieser Situation möglich war“, sagte Włodzimierz Czarzasty von der Linken ohne Umschweife. Er sah nicht glücklich aus. Kein Wunder, denn der Plan der Linken war ein anderer. Die Hauptverhandlerinnen des Plans waren Kotula und Pasławska. Eine progressiv, die andere konservativ. Die zweite Option setzte sich durch.

Beginnen wir mit dem Namen. Der Entwurf betrifft das „Gesetz über den Status sich nahestehender Personen und den Vertrag über das gemeinsame Zusammenleben“. Von eingetragenen Partnerschaften ist hier kein Wort zu finden. Kotula erklärte, dass das Gesetz das Abschließen eines Vertrags beim Notar mit anschließender Registrierung beim Standesamt vorsieht und „von gegenseitigem Respekt, Hilfe, Fürsorge,

Loyalität sowie vom Handeln und Zusammenwirken zum Wohle des gemeinsamen Guts" spricht. Nach Kotulas Ansicht regelt es Fragen des Vermögens. Beim Notar kann entschieden werden, ob die Parteien eine Gütergemeinschaft oder eine Vermögensaufteilung wünschen.

Das ist kein Gesetz über eingetragene Partnerschaften

„Es regelt Fragen des Wohnrechts, gegenseitiger Unterhaltsansprüche, des Zugangs zu medizinischen Informationen, die Befreiung von Erbschafts- und Schenkungssteuern, die Möglichkeit der gemeinsamen Steuererklärung, wenn eine Gütergemeinschaft vereinbart wurde", erklärte Kotula.

Sie erwähnte außerdem die Befreiung von der Grunderwerbssteuer, Witwen- oder Witwerrenten, testamentarisches Erbrecht, Krankenversicherung für beide Parteien sowie Pflegeurlaub.

Im Entwurf ist also nichts über eingetragene Partnerschaften zu finden. Urszula Pasławska versuchte, das Projekt als äußerst flexibel und „freiheitsorientiert“ zu präsentieren. Ihrer Ansicht nach ist es ein Vorteil, dass die Vertragsparteien den Inhalt des Vertrags nahezu beliebig gestalten können.

Die linke Seite argumentierte, dass ein solcher Entwurf besser sei als gar keiner. Zudem bestehে die Chance, dass genau ein solches Kompromissgesetz vom „konservativeren als die meisten Koalitionsmitglieder“ (so beschrieb es Władysław Kosiniak-Kamysz) Präsidenten Nawrocki unterzeichnet wird.

Zsfg.: AV

<https://natemat.pl/627945,to-nie-jest-ustawa-o-zwiazkach-partnerskich-oto-co-proponuje-lewica-i-psl>

Nicht nur die Tochter von Tusk. Pegasus hat auch Sikorski und die Frau des derzeitigen Premierministers aufgenommen



Quelle: [Unia Europejska mat. pras.](#)

Von **Mariusz Jałoszewski**

Die Liste der bekannten Personen, die von Pegasus erfasst wurden, ist sehr lang. Sie umfasst jeden, der mit Personen telefoniert hat, die von diesem Programm überwacht wurden. Die Liste umfasst nicht nur Politiker, angeführt von Tusk und seiner Familie, sondern auch Journalisten, Richter, Staatsanwälte oder Geschäftsleute

Die Information, dass die Gespräche der Tochter des derzeitigen Premierministers **Katarzyna Tusk-Cudna** mit dem Totalüberwachungsprogramm Pegasus aufgezeichnet wurden, hat Politiker und Medien alarmiert. Die Information wurde am Mittwoch, dem 22. Oktober 2025 von Onet veröffentlicht.

Aber dies ist keine neue Information. OKO.press schrieb bereits am 30. September 2025 über die Tatsache, dass die Tochter des Ministerpräsidenten unter der PiS von Pegasus abgehört wurde. Onet fügte einen neuen Namen hinzu -- **Małgorzata Tusk**, d. h. die Ehefrau des derzeitigen Premierministers.

Dies ist nicht das Ende der Geschichte. Auf der Liste der mit Pegasus aufgezeichneten Personen steht auch der derzeitige Leiter des Außenministeriums **Radosław Sikorski**. Am Mittwoch, dem 22. Oktober, kommentierte er die Aufzeichnung der Gespräche von Katarzyna Tusk in den sozialen Medien wie folgt: „Diese PiS-Schurken! Der Kern der Affäre ist, dass sie in dem Zentralen Antikorruptionsbüro der PiS die Gespräche der Tochter und Ehefrau des Vorsitzenden des Europäischen Rates mit seinem Anwalt aufgezeichnet und dann -- anstatt sie zu vernichten -- dem Politiker zur Verwendung in den Medien und in der Politik übergeben haben. Die Schuldigen müssen für Jahre ins Gefängnis gehen.“

Es ist ungewiss, ob Sikorski, als er diesen Kommentar schrieb, wusste, dass Pegasus auch ihn aufzeichnete. Und ob er bereits weiß, dass er, wie die Tochter des Premierministers, ein Opfer ist. Und er wird im Rahmen der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft den Status eines Opfers von Pegasus erhalten -- oder hat ihn bereits erhalten.

Ein weiterer der PO nahestehender Politiker **Stanislaw Gawłowski** und der Geschäftsmann **Leszek Czarnecki**, dessen Banken unter der PiS verstaatlicht wurden und der von der Staatsanwaltschaft verfolgt wurde, können ebenfalls mit dem Opferstatus rechnen.

Tusks Frau und Tochter haben mit Sikorski, Gawłowski und Czarnecki gemeinsam, dass sie in der zweiten Jahreshälfte 2019 den Rechtsanwalt **Roman Giertych** angerufen haben. Sie haben ihn angerufen, weil er ihnen juristische Dienste, einschließlich eines Verteidigers, angeboten hat. Giertych war der Verteidiger von Gawłowski und Czarnecki. Auch für die Tochter von Tusk und die Frau des Premierministers sowie für Sikorski leistete er juristische Dienste.

Seine Kunden wussten zu diesem Zeitpunkt nicht, dass Giertychs Telefon sechs Monate lang mit der Software Pegasus überwacht worden war. Eine operative Kontrolle mit dem Codenamen **Okser** wurde von dem Zentralen Antikorruptionsbüro [CBA] auf ihn angewandt. Und alle, die Giertych in dieser Zeit anriefen, zeichneten sich sozusagen selbst auf. Sie waren nicht das Ziel der Überwachung, ihre Telefone wurden nicht von Pegasus erfasst.

Die Kunden von Giertych können nun mit einem Opferstatus bei den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Pegasus rechnen. Aber nicht, weil sie aufgezeichnet wurden. Nur weil ihre Gespräche mit ihrem Anwalt unter das Verteidigungsrecht oder das Anwaltsgeheimnis fielen. Und sie hätten vernichtet werden müssen. In der Zwischenzeit wurden sie kopiert. Die Staatsanwaltschaft will deshalb Strafanzeige gegen den ehemaligen Staatsanwalt und jetzigen Vorsitzenden des Verfassungsgerichtshofs **Bogdan Święczkowski** erstatten.

Er war es, der der Staatsanwaltschaft zufolge den Befehl gab, die Dateien mit den auf dem Telefon von Giertych mitgehörten Gesprächen zu kopieren. Er gab die Anweisung dem Staatsanwalt **Pawel Wilkoszewski** (er ist der ehemalige Assistent von Ziobro). Die Staatsanwaltschaft weist darauf hin, dass die Aufnahmen von 15 CDs kopiert wurden, die von der CBA zusammen mit den Akten auf Anweisung von Święczkowski übergeben wurden.

Das Problem ist, dass einige der Gespräche unter das Anwaltsgeheimnis fallen. In der Regel können sie bei den Ermittlungen nicht verwendet werden. Aufnahmen, die dem Verteidigungsgeheimnis unterliegen, sollten unverzüglich vernichtet werden, und nach Ansicht der Staatsanwaltschaft könnte nicht einmal Święczkowski als Staatsanwalt an sie herankommen. Und über das weitere Schicksal der Aufzeichnungen mit Anwaltsgeheimnis - einschließlich ihrer möglichen Verwendung in den Ermittlungen - sollte das Gericht entscheiden.

Die Staatsanwaltschaft räumt ein, dass der frühere Staatsanwalt die Ermittlungsakte hätte anfordern können, aber seine Aufsicht hätte sich auf die Rechtmäßigkeit des Einsatzes der operativen Kontrolle und deren Auswirkungen beschränken müssen.

Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft wurde durch das Kopieren der abgehörten Gespräche, die der Geheimhaltung unterliegen, das von der Verfassung garantierte Recht auf Privatsphäre verletzt. Das Verteidigungsgeheimnis wurde verletzt und den Personen, die von Roman Giertych als Rechtsanwalt vertreten wurden, wurde Schaden zugefügt.

Aus diesem Grund will die Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen Święczkowski und Wilkoszewski stellen. Die Generalversammlung des Verfassungsgerichtshofs hat jedoch nicht zugestimmt, die Immunität von

Święczkowski aufzuheben. Die Entscheidung über die Immunität von Wilkoszewski wird von der Kammer für berufliche Verantwortung des Obersten Gerichtshofs getroffen werden.

Die Staatsanwaltschaft erhab in den letzten Tagen auch Anklage gegen den ehemaligen stellvertretenden Direktor des Zentralen Antikorruptionsbüro **Daniel K.**, der die CDs an Święczkowski übergeben hatte.

Im Rahmen der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zu Pegasus wurde auch Anklage gegen den ehemaligen stellvertretenden Justizminister **Michał Wosi** erhoben, der Mittel aus dem Justizfonds für den Kauf der Software bereitgestellt hatte.

Die Agenten des Zentralen Antikorruptionsbüro, die den ehemaligen Bürgermeister von Sopot **Jacek Karnowski** operativ kontrollierten, wurden ebenfalls angeklagt. Sogar dem ehemaligen Justizminister **Zbigniew Ziobro** drohen Anklagen. In den Ermittlungen gegen Pegasus hat der Rechtsanwalt **Roman Giertych** Opferstatus. Und die Ermittlungen, die zum Einsatz von Pegasus führten, wurden 2025 eingestellt.

Pegasus gegen die demokratische Opposition und „Feinde“ der PiS-Regierung

Wir erinnern uns. Die Software des israelischen Unternehmens für Totalüberwachung, Pegasus, wurde von dem Zentralen Antikorruptionsbüro [CBA] zu Beginn der Regierungszeit der PiS für rund 33 Mio. PLN gekauft. Die Mittel dafür stammten aus dem Justizfonds, der damals von Zbigniew Ziobro kontrolliert wurde. Es handelte sich um 25 Mio. PLN, der Rest wurde von der CBA beigesteuert.

Die Software wurde gekauft, obwohl die von der PiS kontrollierten Geheimdienste vor Pegasus gewarnt hatten. Denn die Daten aus den Ermittlungen hätten auf Servern in Israel gespeichert werden können.

Die CBA nutzte die Software für strafrechtliche Ermittlungen, aber auch für die Überwachung von Personen, die von der PiS als ihre Feinde betrachtet wurden. Zu diesem Zweck wurden gerichtliche Genehmigungen für den Einsatz der operativen Kontrolle erteilt. Das Gericht wusste möglicherweise nicht, dass es die Genehmigung für den Einsatz einer solchen Software erteilte. Pegasus wurde auf die Telefone der überwachten Personen aufgespielt, sodass deren Telefongespräche abgehört werden konnten.

Die CBA hatte auch Zugang zu ihrer Korrespondenz, auch zu Instant Messaging und archivierter Korrespondenz. Sie hatte auch Zugang zu den Konten -- wenn die Anmeldung über das Telefon erfolgte. Darüber hinaus ermöglichte Pegasus der CBA zu beobachten, was zu Hause vor sich ging, oder das Telefon mit falschen Daten zu infizieren.

Pegasus wurde bei Ermittlungen gegen den Rechtsanwalt **Roman Giertych**, die Staatsanwältin **Ewa Wrzosek**, die Familie **Brejz, Sławomir Nowak** oder gegen die Richterin **Beata Morawiec** aus Krakau eingesetzt. Sie waren im Visier der PiS-Behörden. Und sie waren der sogenannte Zugang: zum Umfeld der Politiker, Staatsanwälte und Richter.

Roman Giertych war nicht nur für die Familie Tusk ein Bevollmächtigter. Er stand auch in Kontakt mit anderen PO-Politikern, insbesondere in der heißen Phase des Wahlkampfs 2019 (man hat ihn damals den Pegasus geladen). Die CBA könnte daher Zugang zu den Geheimnissen und Strategien der PO-Mitarbeiter gehabt haben.

Sicher ist, dass Pegasus anlässlich der Überwachung von Roman Giertych nicht nur seine Kunden, sondern auch Gespräche mit **Donald Tusk, Michał Kamiński, Paweł Gras** und sogar seinem Vater, **Maciej Giertych**, aufgezeichnet hat.

Die Überwachung des Telefons von Ewa Wrzosek hingegen könnte Zugang zu unabhängigen Staatsanwälten aus der Lex Super Omnia und zu dem Wissen über ihre Handlungen geboten haben. Denn Wrzosek war Mitglied dieser Vereinigung, die der Hauptkritiker von Ziobros Vorgehen in der Staatsanwaltschaft war.

Dasselbe gilt für die Überwachung der Krakauer Richterin **Beata Morawiec**, die Vorsitzende der Richtervereinigung Themis war. Und sie stand im Zentrum der Verteidigung freier Gerichte durch unabhängige Richter. Denn Themis war neben Iustitia die Hauptkritikerin der „Reformen“ von Ziobro. Man kann nur raten, wer damals aufgenommen wurde.

Auf der Liste stehen möglicherweise auch der derzeitige Justizminister **Waldemar Żurek** und sein Stellvertreter **Dariusz Mazur**, die damals wichtige Mitglieder von Themis waren. Und sie waren im Visier der PiS-Behörden. Besonders Żurek, der der am meisten verfolgte Richter in Polen war. Die PiS-Regierung wollte ihn um jeden Preis vernichten.

Neben der Richterin Morawiec wurde Pegasus auch gegen die Krakauer Richterin **Beata Barylak-Pietrzkowska** eingesetzt.

Von Pegasus erfasste Journalisten

Auch Journalisten wurden mit Pegasus aufgenommen. Dabei handelt es sich um die Personen, die Giertych angerufen haben. Es handelt sich um den ehemaligen Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza“ **Jarosław Kurski**. Während der PiS-Zeit übte die „Wyborcza“ scharfe Kritik an den Behörden.

Aufgenommen wurde auch der damalige Chefredakteur von „Newsweek“ **Tomasz Lis**, oder der Redakteur der „Gazeta Wyborcza“ **Wojciech Maziarski**. Sie erhalten nicht den Status von Geschädigten, da sie nicht zu Giertychs Kunden gehörten.

Aber ihre Aufnahme ist noch ungeheuerlicher als die von Tusks Tochter. Die Chefredakteure wichtiger PiS-kritischer Medien wurden aufgezeichnet. Die Staatsanwaltschaft sollte prüfen, ob ihre Gespräche unter die journalistische Schweigepflicht fallen, die ebenso wichtig ist wie das Anwaltsgeheimnis. Und ob ihnen nicht der Opferstatus zuerkannt werden sollte. In den Gesprächen mit Giertych ging es um die Frage der Veröffentlichung von Texten, also um die Arbeit der Redakteure.

Die Aufzeichnung der Journalisten durch die CBA kam ans Licht, weil ihre Gespräche mit Giertych von dem der PiS nahestehenden Sender TV Republika gesendet wurden. Man kann nun darüber spekulieren, woher sie die Aufnahmen hatte. Die Republika strahlte sie aus, obwohl es keine relevanten Enthüllungen enthielten. Und das, obwohl es sich um Material aus einer geheimen operativen Kontrolle der CBA handelt. Dieser Fall wird auf Giertychs Anzeige hin von der Staatsanwaltschaft des Bezirks Ostroleka untersucht. Eine ähnliche Anzeige wurde von der CBA eingereicht.

Die Veröffentlichung der Pegasus-Aufnahme der Chefs der größten polnischen Medien ging fast ohne Echo vorüber. Lediglich die Information, dass Tusks Tochter, die Rechtsstreitigkeiten mit der Boulevardpresse hatte, aufgezeichnet worden war, sorgte für einen Sturm. Der Aufschrei hätte in erster Linie durch die Information über die Aufzeichnung von Journalisten und die Veröffentlichung dieser Gespräche durch Pro-PiS-TV ausgelöst werden müssen.

Hermes oder der kleine Pegasus gegen Richter, Anwälte, Journalisten und wieder Giertych

Auch eine andere Affäre, die möglicherweise ein noch größeres Potenzial hat als die Pegasus-Affäre, empört weder die öffentliche Meinung noch die Politiker. Es geht um den Kauf von Hermes-Software durch die Staatsanwaltschaft, als diese von **Bogdan Święczkowski** geleitet wurde. Der Hersteller von Hermes ist das gleiche israelische Unternehmen, das Pegasus an die CBA verkauft hat.

Pegasus wurde aufgegeben, als herauskam, dass die CBA es benutzte. Die Nationale Staatsanwaltschaft kaufte daraufhin das weniger eingreifende Hermes. Die Software wird zum schnellen Durchsuchen und Durchkämmen öffentlich zugänglicher Internetaufzeichnungen verwendet. Hermes verfügte jedoch auch über ein Robin-Modul, das Daten aus öffentlichen Aufzeichnungen und vom Systembetreiber gesammelte Daten gestohlen hat. Welche Art von Daten? Das ist nicht bekannt.

In OKO.press haben wir aufgedeckt, dass Hermes genutzt wurde, um Informationen über Richter, die freie Gerichte verteidigen, oder Journalisten von TVN, „Wyborcza“ und OKO.press zu sammeln. Es wurden ihre Informanten oder ihre Passwörter für den Zugang zu Konten und E-Mail-Postfächern gesucht. Unter anderem wurde der ehemalige Chefredakteur von OKO.press **Piotr Pacewicz** auf diese Weise überprüft.

Hermes wurde auch informell eingesetzt. Der Oberste Rechnungshof hat aufgedeckt, dass Informationen über **Roman Giertych** und die Staatsanwältin **Ewa Wrzosek**, unter anderem, außerhalb des Verfahrens gesammelt wurden. Der Fall Hermes ist ebenfalls Gegenstand von Ermittlungen. Sie werden von der regionalen Staatsanwaltschaft in Rzeszów geführt.

[...]

Auch die Enthüllung der Sammlung von Daten über Richter, Anwälte und Journalisten mit Hilfe der Hermes-Software durch die Staatsanwaltschaft von Ziobry blieb fast unbemerkt. Sie löste keine große Empörung aus, obwohl die Erstellung von Profilen von Richtern und Journalisten gegen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verstößt.

Zsfg.: JP

<https://oko.press/nie-tylko-corka-tuska-pegasus-nagral-tez-sikorskiego-i-zone-obecnego-premiera>

Der Antisemitismus schwappt über das Land



Quelle: Agencja Wyborcza.pl

Von Roman Imielski

Unter dem Deckmantel der Verurteilung der Politik der Regierung von Benjamin Netanjahu gegenüber den Palästinensern und der blutigen israelischen Operation im Gazastreifen bricht in Polen der Antisemitismus hervor -- mit all seinen Konsequenzen.

Das Tadeusz-Kantor-Dokumentationszentrum für Kunst sowie das Internationale Kulturzentrum in Krakau haben ein Treffen mit der Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller „aus Sicherheitsgründen“ abgesagt. Denn die herausragende Schriftstellerin hatte es gewagt zu sagen, „die Vernichtung der Juden und die Vernichtung Israels bleiben Ziel und Wunsch der Hamas“, und zugleich auf den wachsenden Antisemitismus in westlichen Ländern hingewiesen.

Auch das Europäische Solidarność-Zentrum verweigerte einer israelischen Delegation, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern wissenschaftlicher, akademischer und nichtstaatlicher Institutionen, unter ihnen sowohl Juden als auch Angehörige der arabischen Minderheit Israels, die Vermietung eines Saals. Der Besuch war vom Polnischen Institut unter der Schirmherrschaft unseres Außenministeriums organisiert worden.

Die Stiftung Widzialne, unterstützt von der Partei Razem, schrieb einen Brief an das Europäische Solidarność-Zentrum (ECS), in dem sie mit Protesten drohte und forderte, die israelische Gruppe aus dem Zentrum auszuladen. Und Direktor Basil Kerski sagte die Vermietung schließlich ab. „Das Europäische

Solidarność-Zentrum stellt sich entschieden gegen den zerstörerischen Krieg der Regierung von Benjamin Netanjahu gegen die Palästinenserinnen und Palästinenser (...) Das ECS steht immer auf der Seite der Opfer", erklärte er. (Anmerkung der Redaktion: Direktor Basil Kerski hat sich mittlerweile für diese Fehlentscheidung entschuldigt.)

In Września wiederum wurde ein Konzert abgesagt, bei dem der Chor einer Berliner Synagoge und ihr Kantor auftreten sollten. Den Hass schürte hier Grzegorz Braun, der auf einer Kundgebung erklärte, dass in Września „polnische Kinder in einer katholischen Kirche auf Deutsch ein Chanukka-Lied singen sollen“. Damit schüchterte er die Veranstalter wirksam ein, mit Erfolg: Das Konzert wurde gestrichen.

In der Hauptstadt steht Prof. Alojzy Nowak, der Rektor der Universität Warschau, unter Druck, sämtliche Kontakte zu israelischen Hochschulen abzubrechen, und das, obwohl gerade die dortigen akademischen Kreise die Politik Netanjahus scharf und öffentlich kritisieren, sowohl für das, was Israel im Gazastreifen tut, als auch für den Umgang der rechten Regierung mit den Palästinensern.

Ja, die Regierung Netanjahu, zu der auch offene Faschisten wie Finanzminister Bezalel Smotrich gehören, muss für die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die im Gazastreifen begangen wurden, aufs Schärfste kritisiert werden, und für die Zehntausenden Opfer. Innerhalb Israels verurteilt ein großer Teil der Bevölkerung Netanjahus Handeln, organisiert Proteste, verfasst Appelle und informiert die Öffentlichkeit über die genannten Verbrechen. Israel ist eben ein demokratisches Land.

Auch die Terroristen der Hamas müssen für den am 7. Oktober 2023 verübten bestialischen Angriff auf Israel verurteilt werden, bei dem 1.300 Menschen getötet und über 250 entführt wurden und der die israelische Vergeltung provozierte. Das sind keine Kämpfer für die palästinensische Sache, sondern eine kaltblütige und brutale Organisation, die ihre Herrschaft im Gazastreifen 2007 mit einem blutigen Vorgehen gegen politische Rivalen begann. Ihre Führer und deren Familien leben und lebten im Luxus, während viele Palästinenserinnen und Palästinenser in Gaza in Armut lebten und leben.

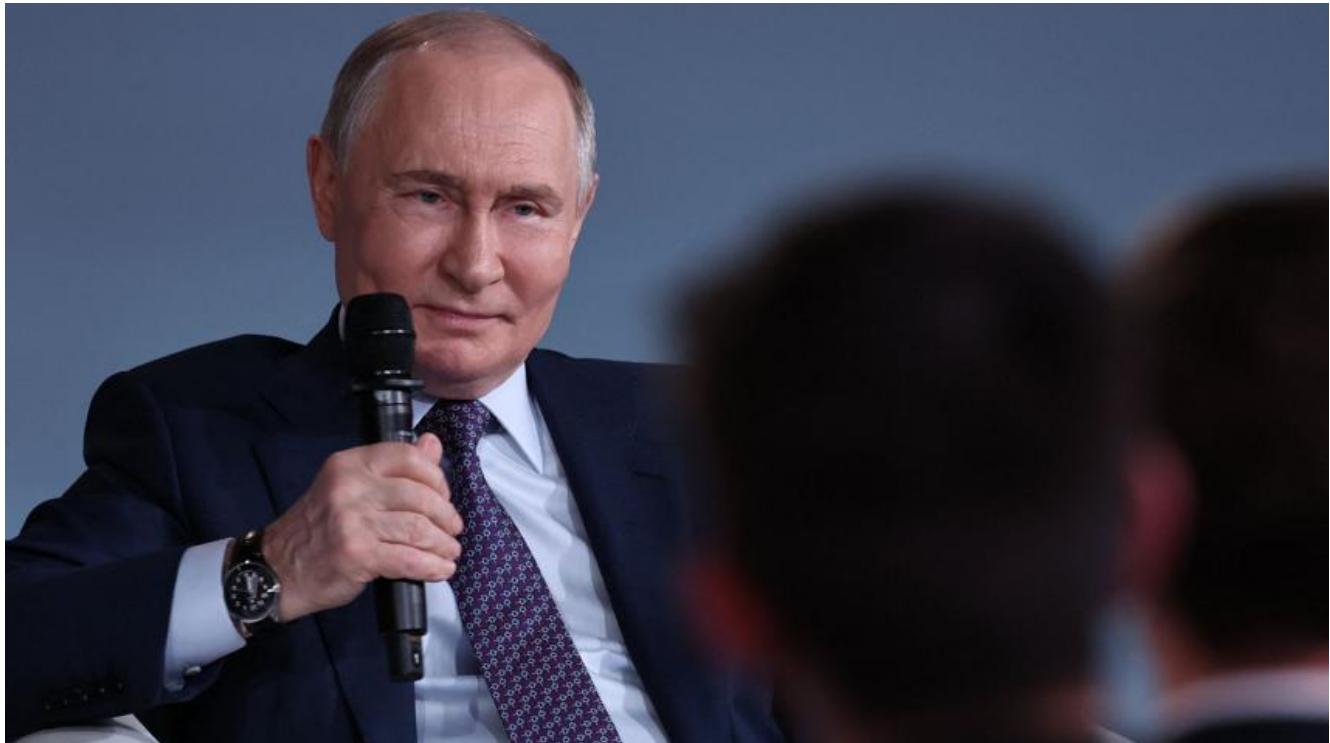
In Polen gibt es viele Kreise, die die Hamas moralisch entschuldigen und ihre Taten ignorieren, während sie Israel mit voller Härte attackieren, sogar eben jene, die Netanjahu scharf kritisieren. Diese Kreise und Personen wissen genau, dass das auf fruchtbaren Boden fällt, denn unter dem Deckmantel der Kritik an der Politik der israelischen Regierung brodelt ein verborgener Antisemitismus.

Ich warne: Im Moment werden nur Treffen und Konzerte abgesagt, doch Antisemitismus endete in der Geschichte immer mit Pogromen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7.75968.32346776.antysemityzm-rozlewa-sie-po-polsce.html#s=S.TD-K.C-B.1-L.1.duzy>

Die Bedrohung durch russische Sabotageakte ist wieder sehr hoch. Der Kreml zog die Notbremse, aber das gehört der Vergangenheit an



Quelle: [Photo by Alexander KAZAKOV / POOL / AFP](#)

Von Anna Mierzyńska

Die jüngsten Festnahmen mutmaßlicher russischer Geheimdienstmitarbeiter und nachrichtendienstliche Warnungen der Dienste Dänemarks und Deutschlands zeigen, dass eine Phase der „Verlangsamung“ des hybriden Kriegs Russlands gegen Europa vorbei ist. Die Bedrohung durch Sabotageakte nimmt zu.

Bei den acht Personen, die am Dienstag, den 21. Oktober 2025, von der Agentur für Innere Sicherheit [ABW] festgenommen wurden, handelt es sich um Verdächtige in mehreren Ermittlungsverfahren der polnischen Strafverfolgungsbehörden. Allen wird vorgeworfen, Aktivitäten für den russischen Geheimdienst durchgeführt zu haben: Sabotage oder Spionage.

Einige der Festgenommenen planten, militärische Einrichtungen und Elemente kritischer Infrastrukturen auszukundschaften, offensichtlich im Interesse Russlands. Ein weiterer Verdächtiger, der ukrainische Staatsangehörige Danylo H., schuf zusammen mit rumänischen Partnern einen Kanal für die Übermittlung von Sendungen in die Ukraine. Diese sollten Brandsätze und Chemikalien enthalten, die einen Brand oder eine Explosion auslösen können. Nach den Plänen sollten diese Sendungen während des Transports explodieren. Dies ist der zweite Versuch russischer Dienste, Bürger europäischer Länder mit Sprengstoff in Paketen einzuschüchtern.

Bei einem früheren Anschlag sollten Pakete in Flugzeugen auf Flughäfen explodieren, vor allem auf US-amerikanischem Gebiet. Der Sprengstoff war in kleinen elektronischen Gegenständen versteckt. Auch diese Aktion wurde entdeckt und neutralisiert, bevor sie Schaden anrichten konnte.

Wie Jacek Dobrzynski, Sprecher des Ministers und Koordinators der Sonderdienste, am Dienstag mitteilte, hat die ABW insgesamt 55 Personen festgenommen, die im Auftrag russischer Dienste zum Nachteil Polens handeln. Im Juli waren es 32 Personen. Daraus geht hervor, dass in den letzten Monaten sowohl die polnischen Ermittler als auch die russischen Dienste sehr aktiv waren und Personen rekrutierten, die bereit waren, Sabotagen durchzuführen.

„Einweg-Agenten“

Wir können uns über die zunehmende Effizienz der Dienststellen beim Aufspüren von Saboteuren freuen. Gleichzeitig ist festzustellen, dass nur „kleine Fische“ festgenommen werden. Das sind diejenigen, die an der Basis von Spionage- oder Sabotagenetzen stehen und nicht die an der Spitze solcher Netze.

Diese Auftragnehmer werden zumeist über das Internet angeworben. Die Leiter der Spionagenetze müssen Russland nicht verlassen, um Personen zu finden, die bereit sind, Sabotageakten durchzuführen.

Effiziente Kommunikationskanäle auf Social-Media-Plattformen und das Versprechen einer hohen Entlohnung reichen ihnen aus. Erinnern wir uns: Vor zwei Jahren, als OKO.press die Methoden der Online-Rekrutierung solcher „Einweg-Agenten“ beschrieb, lag der von russischen Diensten angebotene Preis für die Inbrandsetzung eines strategischen Ortes für den Transport in Polen bei 10.000 Dollar (zahlbar in Kryptowährungen). Die Anwerbung selbst ist also extrem einfach.

Abgesehen vom Fall von Danylo H. haben die polnischen Dienste die Nationalität der Inhaftierten nicht bekannt gegeben. Aus früheren Aktivitäten ist jedoch bekannt, dass russische Dienste gerne russischsprachige Migranten, die in westlichen Ländern leben, für solche Aktionen anwerben. Ausländer, die russische Aufträge ausführen, befinden sich oft in einer schwierigen finanziellen Lage und sind auf der Suche nach zusätzlichen Einkünften. Einige von ihnen vertreten auch pro-russische Ansichten, so dass sie Russland aus ideologischen Gründen unterstützen.

Russland verlangsamte seine Aktionen für eine Weile

Die Inhaftierung der acht Verdächtigen in Polen ist jedoch nicht nur eine wichtige Information über die Effizienz der polnischen Dienste. Noch vor wenigen Monaten hieß es in internationalen Berichten, dass der Höhepunkt der Diversions- und Sabotageaktionen in westlichen Ländern, die im Auftrag russischer Dienste durchgeführt wurden, war im Jahr 2024.

Diese Entwicklung hat sich im Jahr 2025 verlangsamt. Experten brachten dies unter anderem mit dem Beginn der US-Präsidentschaft von Donald Trump und seinen Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin in Verbindung. Dies wurde sogar so interpretiert, dass Putin bei seinen Verhandlungen mit den USA guten Willen zeigt.

Die jüngsten Festnahmen in Polen, die unter anderem in Zusammenarbeit mit den rumänischen Diensten durchgeführt wurden, und die jüngsten nachrichtendienstlichen Warnungen der dänischen und deutschen Dienste zeigen jedoch, dass diese Zeit der „Deeskalation“ der russischen hybriden Kriegsführung in Europa vorbei ist und die Gefahr von Sabotageakten wieder zugenommen hat.

Im August 2025 veröffentlichte die internationale Denkfabrik International Institute for Strategic Studies einen Bericht zur Bewertung der unkonventionellen Kriegsführung Russlands in Europa. Er befasste sich hauptsächlich mit Sabotageakten gegen kritische europäische Infrastrukturen, von militärischen Einrichtungen und Stromnetzen bis hin zu Kommunikations- und Unterseekabeln.

Der Kreml destabilisiert Europa

„Durch eine Kampagne von Sabotage, Vandalismus, Spionage und verdeckten Aktionen versucht Russland, die europäischen Regierungen zu destabilisieren, die öffentliche Unterstützung für die Ukraine zu untergraben und Europa mit sozialen und wirtschaftlichen Kosten zu belasten. Es versucht auch, die kollektive Fähigkeit der NATO und der Europäischen Union zu untergraben, auf russische Aggressionen zu reagieren“, betonten die IISS-Experten.

Das IISS hat außerdem eine umfassende Datenbank über vermutete und bestätigte russische Sabotageakte in Europa zusammengestellt. Diese Zusammenstellung zeigte, dass nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine, die Zahl der russischen Sabotageakte in Europa hat sich fast vervierfacht.

Die höchste Intensität wurde im Jahr 2024 verzeichnet. Die häufigsten Ziele waren kriegsrelevante Einrichtungen, darunter Transportnetze, die für die Beförderung von Militärhilfe in die Ukraine genutzt wurden, sowie staatliche Einrichtungen.

Wollte Putin Trump nicht verärgern?

Im Gegensatz dazu gab es in den ersten fünf Monaten des Jahres 2025 nach öffentlich zugänglichen Informationen 25 Vorfälle von Sabotage, Spionage und Vandalismus, die sich gegen die militärische Infrastruktur der NATO richteten. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass diese Art von Aktivitäten in diesem Zeitraum deutlich zurückgegangen ist.

„Die Zahl der gemeldeten Angriffe schien zwischen Januar und Juli 2025 zu sinken. Mehrere Faktoren können dies erklären. Erstens sind einige Vorfälle von Anfang 2025 wahrscheinlich noch nicht von den lokalen Behörden bestätigt worden, und die Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienste brauchen Zeit, um Beweise zu sammeln, was zu einer Verzögerung der Berichterstattung führt. Zweitens: Möglicherweise hat der Beginn der zweiten Amtszeit von US-Präsident Donald Trump den Kreml zu einer vorübergehenden Einstellung seiner Aktivitäten veranlasst, um eine versöhnlichere US-Regierung nicht zu verprellen“, so - erklärten die IISS-Experten in ihrem Bericht.

Dänen warnen

Schon heute zeigt sich, dass die Einstellung solcher Aktivitäten - sofern sie überhaupt stattgefunden haben -- der Vergangenheit angehört. Die polnische ABW hat Personen festgenommen, die umfangreiche Sabotage- und Diversionsaktionen nicht nur in Polen vorbereiteten. Pakete mit Sprengstoff sollten auf dem Weg in die Ukraine in Europa explodieren. Die Verdächtigen schufen einen ganzen Kanal für die Übertragung. Ihre Aktivitäten wurden von den rumänischen Diensten aufgedeckt, da die Mitarbeiter des in Polen inhaftierten Danylo H. in Rumänien tätig waren. Auch die dänischen Dienste haben eine Zunahme der Sabotagegefahr festgestellt.

Der dänische Militärgeheimdienst veröffentlichte am 3. Oktober eine Warnung, in der er auf die „hohe Gefahr“ russischer Sabotageakte gegen das dänische Militär hinwies. Dänemark befindet sich aufgrund der Aktivitäten russischer Militärschiffe in der Ostsee auf „Kollisionskurs“ mit Russland.

Der dänische Geheimdienst erklärte offiziell: „Russland zeigt eine zunehmende Bereitschaft, hybride Maßnahmen gegen Europa einzusetzen, was zu einer Zunahme der Bedrohung durch physische Sabotage in Dänemark geführt hat“.

„Eisiger Frieden“

Im Gegensatz dazu warnte der Chef des deutschen Auslandsgeheimdienstes, Martin Jäger, Mitte Oktober vor einer Eskalation. Er erklärte, dass der derzeitige „eisige Frieden“ zwischen Russland und der

Europäischen Union jederzeit in eine „heftige Konfrontation“ umschlagen könne, wobei hybride Aktionen in typisch militärische Aktionen umschlagen könnten. Jäger ist der Ansicht, dass sich Russlands Ambitionen und Aggressionen nicht auf den Krieg in der Ukraine beschränken.

„Wir können uns nicht zurücklehnen und davon ausgehen, dass ein möglicher russischer Angriff frühestens im Jahr 2029 stattfinden wird. Wir stehen schon heute unter Beschuss“, meint er. „Die Mittel, die Moskau einsetzt, sind bekannt: Versuche, Wahlen und die öffentliche Meinung zu manipulieren, Propaganda, Provokationen, Desinformation, Spionage, Sabotage, Verletzung des Luftraums durch Drohnen und Kampfjets, Auftragsmorde, Verfolgung von im Ausland lebenden Oppositionellen“, fügte er hinzu.

Hohes Risiko auch in Polen

Sinan Selen, Präsident des deutschen Inlandsgeheimdienstes BfV, betonte seinerseits, dass die russischen Dienste den Grad der Eskalation ihrer Aktionen dynamisch anpassen, um die liberalen Demokratien weiter zu untergraben.

„Damit decken wir ein breites Spektrum von Spionage, Desinformation, Einmischung, Sabotage und Cyberangriffen auf, die von ausländischen Einrichtungen und Staaten in Deutschland durchgeführt werden“, so Selen.

In Polen geben die Dienststellenleiter keine derartigen Warnungen aus, ja sie kommunizieren sogar überhaupt nicht öffentlich mit den Bürgern. Daher ist es schwierig zu vergleichen, ob die Situation in Polen aus Sicht der polnischen Beamten gleich ist. Das schiere Ausmaß der Verhaftungen wegen vorbereiteter oder durchgeföhrter Sabotage- und Spionageaktionen deutet jedoch darauf hin, dass die Bedrohung durch Russlands hybride Aktionen in unserem Land sehr hoch ist.

Zsfg.: JP

<https://oko.press/zagrozenie-rosyjskim-sabotazem-znow-bardzo-wysokie-wojna-hybrydowa>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [ndr.de](#)

“Es hat sich herausgestellt, dass die PiS meine Frau und meine Tochter mit Pegasus verwanzt hat, die Enkelinnen und Enkel auch.

Der Brandstifter aus Żoliborz?”

...

“Bei diesen Abhöraktionen meiner Angehörigen ging es Kaczynski wahrscheinlich darum, die Institution der Familie zu schützen. Im Namen traditioneller Werte versteht sich.”

Donald Tusk

Quelle: <https://wyborcza.pl/7,75398,32343283,corka-premiera-tuska-ma-status-pokrzywdzonej-chodzi-o-pegasusa.html#s=S.TD-K.C-B.3-L.1.duzy>

MEDIENSPiegel – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

derstandard.de

In Polen droht die Stimmung gegenüber ukrainischen Geflüchteten zu kippen

<https://www.derstandard.de/story/3100000292105/in-polen-droht-die-stimmung-gegenueber-ukrainischen-gefluechteten-zu-kippen>

euronews.com

Polnische Grenzschutzbeamte entdecken Tunnel zwischen Belarus und Polen

<https://de.euronews.com/my-europe/2025/10/18/polen-belarus-grenze-krieg-ukraine>

deutschlandfunk.de

Polen warnt Putin vor Nutzung seines Luftraumes

<https://www.deutschlandfunk.de/polen-warnt-putin-vor-nutzung-seines-luftraumes-100.html>

rbb24.de

Polen bereitet sich auf den Ernstfall vor

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/10/kriegsangst-polen-drohnenvorfall-september-sorge-nachbar-ernstfall-vorbereitung.html>

polenjournal.de

Polens Wirtschaft überholt die Schweiz

<https://polenjournal.de/aktuelles-aus-polen/wirtschaft/polens-wirtschaft-ueberholt-die-schweiz/>

deutschlandfunk.de

Freude in Polen: Politischer Gefangener in Belarus bekommt Sacharow-Preis

<https://www.deutschlandfunk.de/freude-in-polen-politischer-gefangener-in-belarus-bekommt-sacharow-preis-102.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus